

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Morisplatz 15195-97
Expedition Morisplatz 11753-54

Mittwoch, den 28. Dezember 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Morisplatz 11753-54

Die Eisenbahnerbewegung.

Gestern fand in Düsseldorf eine Zusammenkunft der Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes statt, die von den Vertretern der Direktionsbezirke Elberfeld, Köln und Essen besucht war. Es wurde die in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ bereits veröffentlichte Entschliessung angenommen.

Im Anschluß an ihre ultimativen Forderungen haben die Eisenbahner auf einzelnen Bahnhöfen des Direktionsbezirks Elberfeld bereits die Arbeit niedergelegt. In leitenden Kreisen des Deutschen Eisenbahnerverbandes sprach man heute die Befürchtung aus, daß diese von Elberfeld ausgehende Bewegung auch auf andere Teile des Reiches übergreifen werde. Die Verbandsleitung hat dem Reichsverkehrsminister davon Mitteilung gemacht und erreicht, daß heute nachmittag eine Aussprache im Reichsverkehrsministerium stattfindet.

Wie die „Köln. Jtg.“ berichtet, ist in Bohwinkel und in der Güterabfertigung Elberfeld-Steinbeck ein Teil der Arbeiter ausständig. Die Organisationen der Eisenbahner billigen diese unüberlegten Teilsstreiks nicht. Dennoch gilt es Vorkehrungen zu treffen, daß durch möglichstes Entgegenkommen allen „Aktionen“, die den Verkehr stark behindern, wenn nicht lahmlegen können, vorgebeugt wird.

Die Lage ist ernst.

Der Deutsche Eisenbahnerverband betrachtet die augenblickliche Situation im Westen als äußerst ernst und beabsichtigt, die Leitung der Streikbewegung zu übernehmen, falls der Zustand im Westen heute nachmittag vollzogen wird. Mehrfach hat die Verbandsleitung des Eisenbahnerverbandes die Regierung auf die drohenden Gefahren eines Ausstandes im Westen hingewiesen und besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Stimmung innerhalb der Eisenbahnerkreise durch Vorauszahlung eines Teils der Januargehälter bzw. Löhne eine gewisse Beruhigung erfahren hätte

und die für Anfang Januar vorgesehenen Verhandlungen in aller Ruhe möglich gewesen wären.

Der Reichsfinanzminister wie der Reichsverkehrsminister verkannten jedoch die Tatsachen, und statt einer Vorauszahlung zuzustimmen, warteten sie ab, selbst auf die Gefahr hin, daß der drohende Streik dem Reich Milliarden kosten könnte. Der Eisenbahnerverband führt die erregte Stimmung innerhalb der Eisenbahnerschaft hauptsächlich auf das Schreiben des Reichsfinanzministers Hermes an den Beamtenbund zurück, in dem nicht nur die anfangs Dezember gestellten Forderungen, sondern auch die Verhandlungen abgelehnt, also ein Standpunkt eingenommen wurde, den man von amtlichen Stellen schon seit Jahren nicht mehr kennt.

Grobe Irreführung.

Gegenüber einer Korrespondenzmeldung, daß im Handwerker- und Arbeiterstand der Reichseisenbahnverwaltung schon in nächster Zeit eine Verringerung um 20 000 Köpfe einreten soll, hören die „B.P.M.“ von zuständiger Stelle, daß es ganz ausgeschlossen sei, daß die Reichseisenbahnen beabsichtigen, von heute auf morgen 20 000 ihrer Arbeiter auf die Straße zu setzen; richtig sei nur, daß die Reichseisenbahnverwaltung sich bemühen müsse, eine planmäßige Verminderung ihres Personalstandes durchzuführen, wobei Härten vermieden werden sollen. Wie diese Verminderung im einzelnen durchgeführt werden soll, das ist vom Reichsverkehrsministerium vor kurzem den Eisenbahndirektionen und den äußeren Dienststellen zur Erwägung gestellt worden.

Ueber die Frage, ob in Zukunft an die Stelle des öffentlichen Dienstvertrages die Anstellung auf Privatdienstvertrag bei den Reichseisenbahnen treten soll, überhaupt wie sich künftig das Dienstverhältnis bei den Reichseisenbahnen gestalten wird, darüber kann heute noch nichts Bestimmtes gesagt werden, weil an maßgebender Stelle selbst noch keine Klarheit vorhanden ist.

Mißerfolg der Washingtoner Konferenz verschleiert, den Boden für einen Rückzug vor.

Die Unruhen in Aegypten.

Kairo, 28. Dezember. (ED.) Der Belagerungszustand ist in Kairo proklamiert worden. Englische Truppen sind nach Port Said abgegangen. Die Lehrer aller Schulen haben beschlossen, 5 Tage lang zu streiken und alle englischen Waren zu boykottieren. Die Ärzte hatten sich gestern versammelt, um einen ähnlichen Beschluß zu fassen. Bei einem Angriff auf eine Polizeistation wurden 5 Aufständische getötet und 4 verletzt. Auch aus Port Said werden Unruhen gemeldet. Hier wurden bei einem Zusammenstoß mit der Truppe 3 Eingeborene getötet und 3 verwundet. Nach Meldungen aus Malta haben zwei englische Bataillone Befehl erhalten, sich zum Abtransport nach Aegypten bereitzuhalten.

Ein ägyptischer Aufruf.

Die Aegyptische Kolonie in Deutschland und die Vertreter der Aegyptischen Kolonie in England, Frankreich, Italien, Oesterreich und der Schweiz verenden folgenden Aufruf:

Als das ägyptische Volk das englische Abkommen, dessen Resultat seine Freiheit völlig raubte und vernichtet hätte, abgelehnt hat und in der friedlichsten Weise dagegen protestieren wollte, läßt England die Maske der Gerechtigkeit wegschleudern und greift zu Gewaltmitteln, um den patriotischen Geist des ägyptischen Volkes zu ersticken. Der größte Freiheitskämpfer und Volksführer, Zaghal Pasha, wurde mit vielen anderen angesehenen Persönlichkeiten verhaftet, um sie von der Tätigkeit für die Befreiung des Vaterlandes auszuschließen. Die englische Armee, vollständig gerüstet mit Tanks und Flugzeugen, patrouilliert in den Straßen der großen Städte Aegyptens, und die englische Flotte marschiert auf die ägyptischen Häfen, um das unbewaffnete Volk einzuschüchtern, dessen einzige Schuld ist, seine Stimme für die Freiheit zu erheben!

Jetzt sieht in Aegypten das edle Blut der Unschuldigen, vergossen von dem Heere jenes Volkes, das vor der ganzen Welt behauptet, es sei der Schützer der kleinen Nationen!

Deshalb appellieren wir an die gesunde öffentliche Meinung, der zivilisierten Welt und protestieren heftigst gegen die maßlosen Gewalttaten Englands und die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts und Beraubung der Volksfreiheit.

Aegypten soll frei leben! Nieder mit der Gewalt!

Aus der Haft entlassen wurde nach Meldung der „Freiheit“ Rechtsanwalt Krull, der im Sommer d. J. unter dem Verdacht verhaftet worden war, an der Ermordung Rosa Luxemburgs beteiligt zu sein. Die „Freiheit“ läßt es dahingestellt sein, ob Krull tatsächlich einer der Mörder war, Tatsache aber ist, daß er die Uhr der Ermordeten gestohlen oder an sich gebracht habe. Er habe sich selbst mit dem Besitze dieser Uhr gerühmt. Wird man ihn wenigstens wegen dieses gemeinen Verbrechens bestrafen?

Thesen zum Wiederaufbau.

Von Parvus.

1. Die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands sind durch den Krieg, die Revolution, den Verlust wertvoller Gebietsstücke, den Verlust der Handelsflotte und der Kolonien, durch die großen Goldzahlungen und sonstigen Gutmachungen, die es in kurzer Frist zu leisten hatte, zerrüttet worden. Wer diese Zusammenhänge nicht sieht und sich von dem augenblicklichen, durch die Geldentwertung künstlich aufgeblähten Geschäftsaufschwung täuschen läßt, wird bei dem unfehlbaren Zusammenbruch der deutschen Assignatenwirtschaft seine sämtlichen Pläne scheitern sehen. Um Deutschland leistungsfähig zu machen, müssen die Produktivkräfte der deutschen Industrie wie der deutschen Landwirtschaft wenigstens annähernd auf den Stand vor dem Kriege gebracht werden.

2. Wenn die deutsche Kohlen- und Eisenproduktion ihren Stand vor dem Kriege erreicht haben und wenn die Bautätigkeit in großem Umfang wieder aufgenommen werden wird, so werden damit auch die Grundlagen gegeben worden sein für die Prosperität der deutschen Eisenbahnen. Denn Kohle, Eisen und Baumaterialien umfassen vor dem Kriege allein drei Viertel des gesamten Güterverkehrs der deutschen Eisenbahnen.

3. Gegenwärtig sind aber die deutschen Eisenbahnen so heruntergewirtschaftet, daß sie nicht einmal den verminderten Güterverkehr erledigen können. Die Kohlen- und Eisenindustrie, die Kalkindustrie, die Zementindustrie, so ziemlich alle wichtigeren Industriezweige und auch die Landwirtschaft leiden unter der mangelnden Wagenstellung, während die Eisenbahnen ihre Betriebsmittel so in Anspruch nehmen, daß sie ihre eigenen Kohlenlager nicht rechtzeitig haben versorgen können und nunmehr wegen Kohlenmangel ihren Betrieb einschränken müssen. Mit dem Wiederaufbau der deutschen Industrie und Landwirtschaft müssen deshalb auch die Eisenbahnen wieder aufgebaut werden. Anders werden sie an allen Enden und Punkten versagen und die wirtschaftliche Entwicklung hemmen.

4. Der Wiederaufbau der deutschen Eisenbahnen ist eine Organisations- und Kapitalfrage.

5. Die Organisationsfrage besteht darin, daß die Eisenbahnen vom bürokratischen Regime zur kaufmännischen Leitung übergeführt werden müssen.

6. Die Kapitalfrage zielt in der Notwendigkeit, die Strecken, die Bahnhöfe, die Werkstätten aufzubessern und zu ergänzen und neue Betriebsmittel anzuschaffen.

7. In der gleichen Lage wie die Eisenbahnen befinden sich Post und Telegraphie und besonders das Telephonwesen, das in Deutschland noch sehr ausdehnungsfähig ist, wenn es technisch auf die Höhe gebracht wird.

8. Die deutsche Industrie und die deutsche Landwirtschaft bedürfen ebenfalls großer neuer Kapitalinvestitionen.

9. Da das Problem des Wiederaufbaues der deutschen Industrie nur ein Teil des großen Weltproblems des Wiederaufbaues ist, so geschieht die Lösung am besten durch die Bildung eines Weltkonzerns. Der Weltkonzern wird unter anderem durch die Lösung großer internationaler Probleme, wie z. B. die internationale Regelung der Walfische, die internationale Normierung der Preise der wichtigsten Welthandelsartikel, den Weltmarktsverkehr eminent erleichtern und zahlreiche internationale Reibungen aus der Welt schaffen. Kommt es aber nicht zu einem Weltkonzern, so läßt sich das deutsche Problem auch auf dem Boden der deutschen Volkswirtschaft lösen.

10. Zur Sanierung unserer Staatsbetriebe, zum Wiederaufbau unserer Industrie und zur Durchführung unserer Finanz- und Geldreform brauchen wir für die nächsten Jahre eine Goldanleihe, die ich auf vier Milliarden Dollar beziffere. Wir brauchen diesen Kredit nicht gleich ganz abzurufen, auch kann ein Teil in Waren gezahlt werden.

11. Um für diese Anleihe die nötige Sicherheit zu schaffen, müssen die deutschen Staatsbetriebe und die Großindustrie zu einer Kreditgemeinschaft vereinigt werden. Eine solche Kreditgemeinschaft würde standhalten vor der schärfsten Kritik der Geldgeber. Ihr Vermögen und ihre Betriebsergebnisse würden als Sicherheit das Mehrfache des verlangten Kredits bzw. des erforderlichen Zinsenbedarfs bieten.

12. Der Kredit von 4 Milliarden Dollar soll vor allem als Reserve für die deutschen Zahlungen an die Alliierten, soweit diese nicht aus den laufenden Mitteln des Reichs geleistet werden können, verwendet werden. Ist diese Deckung gegeben, so können wir unter Zugrundelegung der bereits früher erörterten Finanz- und Geldreform das Reichsbudget ausbalancieren.

13. Ein Teil des Kredits soll sofort zum Wiederaufbau der deutschen Staatsbetriebe und der Privatindustrie verwendet werden. In unmittelbarer Folge werden die Erträge beider steigen. Das Defizit der Reichseisenbahnen wird, wie ich in meinem Buch „Aufbau und Wiedergutmachung“ rechnerisch nachgewiesen habe, schon durch die Tat-

Anzeigenpreis:

Die sechsgelbten Nonpareilzeile kostet 7.— M. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wortes 4.— M. (unabhängig vom festgedruckten Worte), jedes weitere Wort 1.00 M. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen des ersten Wortes 1.00 M., jedes weitere Wort 1.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Adressanten 2.— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Taxationszuschlag.

Weggehen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gehten von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

sache, daß die Reuanfassungen durch Kredit gedeckt sein werden und folglich nicht, wie jetzt, in vollem Betrag auf das Konto des einen Jahres gesetzt werden, verschwinden und einem Ueberschuß Platz machen, der mit der Steigerung der wirtschaftlichen Tätigkeit rasch steigen wird.

14. Der Kredit zum Wiederaufbau der Staatsbetriebe und der Industrie kann zu einem erheblichen Teil in Waren bezogen werden. Es entgehen zwar dadurch Aufträge der deutschen Industrie, dafür wird aber eine schnellere Wiederherstellung und also größere Leistungsfähigkeit erzielt. An Aufträgen wird es nicht fehlen, da durch die Verwüstungen und Entbehrungen des Krieges und der Nachkriegszeit der Warenbedarf der ganzen Welt stark gestiegen ist und da allein der Wiederaufbau sowie die wirtschaftliche Erschließung Rußlands, Zentralasiens und Sibiriens die Weltindustrie für Jahrzehnte in Anspruch nehmen werden.

15. Für den Warenkredit auf Deutschland ist die Stabilisierung des Marktkurses Voraussetzung, ohne die ein Ausgleich der Preise undenkbar ist.

16. Die von mir vorgeschlagene Geldreform wird die Golddeckung der Reichsbank auf das Fünfundzwanzigfache steigern und ein Anschwellen des Goldwertes unserer inneren Staatschuld verhindern. Die Ausbalancierung des Reichsbudgets wird die weitere Ausgabe von Reichsschuldscheinen und damit zugleich weitere Banknotenemissionen entbehrlich machen. Die Steigerung der industriellen Tätigkeit wird unsere Handelsbilanz verbessern. Die Gewährung einer großen Goldanleihe wird das Vertrauen zum Reich steigern. Unter diesen Umständen kann der Versuch gemacht werden, den Goldumtausch der Banknoten, wenn auch zunächst vielleicht in beschränktem Umfang, wieder aufzunehmen. Die Golddeckung wird nach der Durchführung der von mir vorgeschlagenen Münzreform etwa 25 bis 30 Proz. des Notenumlaufes betragen. Die disponiblen Geldmittel des Reichs werden dank dem ihm gewährten Kredit viel größer sein. Es kann zeitweise der Notenumlauf eingeschränkt oder die Golddeckung veräußert werden. So ist denn mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß wir auf diese Weise zur Stabilisierung unserer Wärfung gelangen werden.

17. Der Teil der Goldanleihe, der zur Deckung unserer Zahlungen an die Alliierten dienen soll, braucht nicht an uns ausbezahlt zu werden, sondern kann unter diesen verrechnet werden. Es wird dasselbe erreicht, wie durch Gewährung eines Moratoriums.

18. Unter Berücksichtigung all der erwähnten Umstände darf angenommen werden, daß die Obligationen der Kreditgemeinschaft der Staatsbetriebe und der deutschen Industrie einen guten Markt haben werden und als Zahlungsmittel werden gebraucht werden können. In dem Maße, wie das geschieht, wird die eigentliche Geldbeschaffung vom Auslande entbehrlich. Es handelt sich also bei dem Vorschlag, den ich mache, in der Hauptsache um einen Verrechnungskredit. Es handelt sich um eine auf Gegenseitigkeit beruhende Garantie mit dem Zweck, die deutschen Finanzen zu sanieren, den Markkurs zu stabilisieren und den deutschen Kredit wieder aufzubauen. Denn ohne den Wiederaufbau des Kredits ist auch der Wiederaufbau der Industrie unmöglich.

19. Wenn man uns statt der Anleihe ein Moratorium gewähren sollte, so bedeutet das, daß man, statt die Notwendigkeiten in ihrem vollen Umfang zu erfassen, das Problem verfeinert, um es mit geringeren, also weniger wirksamen Mitteln zu lösen. Wir werden in diesem Falle doch noch die vorgeschlagene Kreditgemeinschaft der Staatsbetriebe und der Großindustrie statuieren müssen, um uns die zum Wiederaufbau nötigen Mittel zu beschaffen. Es wird als Schlüsselfakt dasselbe erreicht werden, aber auf einem Umweg, nach Zeitverlust und einer Verzerrung der Kräfte.

W. I. V. und ausländische Depeschenagenturen. Der vom Auswärtigen Amt des Reiches eingesetzte Untersuchungsausschuss zur Untersuchung der Verträge der Continental-Telegraphen-Gesellschaft (W. I. V.) mit ausländischen Depeschenagenturen hat dem Ausschuss Bericht erstattet. Er teilt mit, daß er zu Ausstellungen keinen Anlaß gefunden hat.

Zur Psychologie der Berufe.

Von Dr. Hellmuth Falkenfeld.

Berufsberatung auf Grund psychologisch-experimenteller Untersuchungen ist heute nichts Neues. Davon aber soll hier nicht die Rede sein. Man kann mit jenen Versuchen am Grunde nur feststellen, ob sich jemand zum Beispiel zum Wagenführer technisch gut eignet oder nicht, — nicht aber, ob er sich seiner seelischen Struktur nach, seiner Gesamtpersönlichkeit nach zu einem bestimmten Beruf eignet. Die psychologisch-experimentelle Berufsberatung ist technischer Natur, die Seele des Individuums kann sie nicht beraten. Diese Seele des Individuums läßt sich aber vielleicht beraten, wenn wir die Berufe ihrer Psychologie nach in zwei große Gruppen einteilen und diese genauer betrachten. Diese beiden Gruppen sind die Berufe der unmittelbaren und die der mittelbaren Arbeitsform.

Unmittelbare Arbeit ist Arbeit, die ein Produkt aus dem Arbeitsprozeß gewinnt, Arbeit, die im Verlauf einer Anstrengung ein Produkt hervorbringt, das bei Beginn der Anstrengung noch nicht da war. Mittelbare Arbeit dagegen erschafft nicht ein Produkt, sondern hat es mit schon geschaffenen Produkten zu tun, denen sie auf irgendeine Weise etwas antut, indem sie etwas durch den Raum hindurchbewegt oder ihr gesellschaftliches und Eigentumsverhältnis verändert.

Unmittelbar ist die Arbeit des Bildhauers: Er schafft im Verlauf einer Arbeitsanstrengung ein Produkt, das am Ende des Arbeitsprozesses vollendet und neu dasteht. Unmittelbar ist aber auch die Arbeit des Tischlers. Er schafft im Verlaufe der Arbeitsanstrengung ein Produkt oder an einem Produkte, das nach Abschluß des Prozesses vollendet als Tisch oder Stuhl dasteht. Der Unterschied in der inhaltlichen Bedeutung des Produktes spielt hier keine Rolle. Beide Arbeiten, die des Bildhauers und die des Tischlers sind ihrer Form nach unmittelbare Arbeiten.

Mittelbar dagegen ist die Arbeit des Kaufmanns in erster Linie. Er erschafft nicht ein Produkt unmittelbar und neu aus dem Arbeitsprozeß heraus, sondern er hat es mit schon geschaffenen Produkten zu tun, die er durch seine Tätigkeit in den Kreis der gesellschaftlichen Zirkulation bringt. Die bereits vorhandenen Produkte bewegt er über die Erde hin. In ähnlicher Weise mittelbar ist die Arbeit bestimmter Beamtengruppen, die als Vertreter des Staates jene Bewegung der Arbeitsprodukte über die Erde hin überwachen. Mittelbar ist die Arbeit all der Berufe, die überhaupt in die Bewegung von Menschen und Gegenständen über die Erde hin, in die Bewegung miteinander oder gegeneinander arbeitender Menschen fördernd oder hemmend eingreifen. Natürlich gibt es Berufe, die auf der Grenze zwischen unmittelbarer und mittelbarer Arbeit stehen, zum Beispiel der des Kuriers.

Dollar 179.

In der Berliner Börse am Mittwoch ging der Dollar anfangs bis 175 zurück. Im weiteren Verlauf machte sich jedoch eine feste Tendenz bemerkbar, so daß er ungefähr um 1 Uhr auf 179 stand. Im allgemeinen ist die Lage des Devisenmarktes fest, obwohl die Spekulation im Hinblick auf die Konferenz in Cannes noch große Zurückhaltung zeigt.

Am Effektenmarkt hielt sich das Geschäft bei fester Grundtendenz in engen Grenzen. Man hat den Eindruck, als ob den Banken vor Neujahr eine Aufwärtsbewegung der Kurse im Hinblick auf die Steuerbilanz gar nicht erwünscht wäre.

Friesland, Braß, Malzahn gemäßigert.

Die Antwort auf die Adresse der 128.

Der Konflikt in der KPD. ist von der Zentrale in der bei den Kommunisten üblichen Weise gelöst worden, nämlich durch die Rahmregelung der Widerspenstigen. Wie die „Rote Fahne“ berichtet, hat die Zentrale der KPD. in ihrer Sitzung vom 27. d. M. beschlossen, wegen der Unterzeichnung des Aufrufs der 128 Friesland seiner Funktion als Zentralmitglied, Braß und Malzahn ihrer Parteifunktionen bis zur Tagung des Zentralausschusses zu entheben. Friesland war bereits, wie hier gemeldet wurde, am 14. Dezember seiner Funktion als Generalsekretär der Zentrale enthoben worden. Jetzt hat man ihn gänzlich aus der Zentrale ausgeschlossen. Wenn die „Rote Fahne“ bemerkt, daß dies geschehen sei, obwohl man Friesland wie auch den übrigen Vertretern der gleichen Anschauung „die weiteste Diskussionsfreiheit“ gegeben habe, so läßt sich diese Behauptung angesichts der vollzogenen Rahmregelung höchstens noch humoristisch werten.

Seit der Märzaktion sehen wir, daß ein Führer der KPD. nach dem anderen abbröckelt. Erst glaubte man mit dem Ausschluß Bevis der Opposition das Haupt abgeschlagen zu haben, dann erfolgte die Abspaltung der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, der sich acht Reichstagsabgeordnete und mehrere Landtagsabgeordnete angeschlossen, nun stehen Friesland, Braß und Malzahn vor dem Ausschluß. Damit dürfte die Sache noch lange nicht zu Ende sein. Denn außer diesen dreien haben ja noch 125 weitere Funktionäre der KPD. höheren Grades die Protestadresse unterschrieben. Die Zentrale, die jetzt läßt behauptet, daß sie sich bei der Rahmregelung „mit den Parteigenossen im Reich einig wisse“, dürfte also noch manche unliebsame Überraschung erleben. Wir glauben jedenfalls nicht, daß die Zentrale der Eberlein und Konforten durch noch so scharfe Gewaltmaßnahmen den schwindenden Glauben an ihre Unfehlbarkeit wird retten können.

Hugo Eberlein beginnt in der „Roten Fahne“ eine Artikelserie zu seiner persönlichen Rechtfertigung, nachdem ihm, wie er schreibt, sein bisheriges Schweigen zu den Enthüllungen des „Vorwärts“ von der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft als Schuldbekenntnis ausgelegt wird. Der von der „Roten Fahne“ heute veröffentlichte Teil hat mit dem Kern der Sache, den mitteldeutschen Unruhen, so gut wie nichts zu tun. Eberlein gibt vielmehr eine langatmige historische Darstellung über die Entstehung der KPD. der illegalen kommunistischen Kampforganisation. Aber auch hier zeigt sich der echte Eberlein. Er hat nämlich die Sitze folgendes zu behaupten:

Die KPD. oder die „illegale Organisation“ war nicht, wie es die Agenten Weismanns seit langem hinzustellen versuchten, eine festgefügte Organisation innerhalb der revolutionären Arbeiterpartei, sie war vielmehr eine politische Richtung, die seit der Revolution sich in allen revolutionären Parteien gezeigt hat.

Jedesmal, wenn in kommunistischen Artikeln der Name Weismann auftaucht, ist das ein Zeichen, daß irgend etwas Unangenehmes verschleiert werden soll.

Es handelt sich nämlich gar nicht um eine von „Agenten Weismanns“ aufgestellte Behauptung, sondern um eine Tatsache, die durch ein authentisches Dokument der höchsten kommunistischen Instanz feststeht. In den bekannten 21 Punkten, die der Unabhängigen Partei vor dem Hallenser Parteitag als Grundbedingung für den Eintritt in die Dritte Internationale von dem Moskauer Exekutivkomitee vorgelegt wurden, heißt es nämlich wörtlich unter Punkt 3:

Fast in allen Ländern Europas und Amerikas tritt der Klassenkampf in die Phase des Bürgerkriegs ein. Unter derartigen Verhältnissen können die Kommunisten kein Vertrauen zu den bürgerlichen Legalität (Gesetzlichkeit) haben. Sie sind verpflichtet, überall einen parallelen illegalen Organisationsapparat zu schaffen, der im entscheidenden Moment der Partei behilflich sein wird, ihre Pflicht gegenüber der Revolution zu erfüllen.

Da wir nicht annehmen können, daß das Moskauer Exekutivkomitee aus „Spitzeln Weismanns“ besteht, so müssen wir feststellen, daß Hugo Eberlein einfach die Unwahrheit sagt. Die illegale Organisation (KPD.) ist keine „politische Richtung“ besonders militärisch organisierter Parteigenossen, als die Eberlein sie hinzustellen sucht, sondern ihre Einrichtung war der kommunistischen Partei von Moskau vorgeschrieben. In dieser Hinsicht reden die 21 Punkte eine so klare Sprache, daß alle Verdrehungskünste Eberleins daran scheitern.

Die „Freiheit“ als Märchenerzählerin.

Genosse Weis schreibt uns: Die „Freiheit“ wiederholt in einem Artikel über „die blutigen Weihnachten 1918“ die schon so oft erzählte Mär, daß „die Rechtssozialisten“ die gewalttätige Auseinandersetzung mit der Volksmarineoffiziere geradezu provoziert hätten. Vor allem aber wäre jeder Konflikt vermieden worden, „wenn der Stadtkommandant Weis gewollt hätte“. Sie stützt sich dabei auf eine Darstellung Heinke, die nur den Mangel hat, daß sie nicht erwähnt, daß ich erklärte: Ich hätte den schriftlichen Befehl des gesamten Kabinets und könne danach nur nach Räumung von Schloß und Markthal die Genehmigung zur Auszahlung der Löhnung geben. Ich sei nur ausführendes Organ und könne den Befehl der Volksbeauftragten nicht aufheben. Andere Räume wären zur Verfügung gestellt.

Seiner einstimmige Beschluß der Volksbeauftragten erfolgte auf den Antrag des unabhängigen Finanzministers Simon. Das ist der „Freiheit“ natürlich genau bekannt und man muß es ihr überlassen, wie sie sich trotzdem zu der dreifachen Behauptung verhalten kann: „Weis wollte also den militärischen Konflikt.“

Ein seltsamer Verein.

Vor uns liegt ein gedrucktes Formular, das eine Aufnahmeerklärung in den Verein ehemaliger Feldartillerie-Schießhäuser darstellt. Es hat etwa das Aussehen einer politischen Anmeldeerklärung, nur daß die hinter dem Namen auszufüllenden Rubriken noch bei weitem zahlreicher sind. Besonders genaue Auskünfte werden über die militärischen Verhältnisse des Aufzunehmenden verlangt. Unter den Rubriken, die der Aufzunehmende auszufüllen hat, steht dann folgender Satz:

Ich bekenne hiermit bei meinem Ehrenwort, daß ich nicht Sozialdemokrat bin, noch die Ideen derer hulldige, ebenso erkenne ich die Satzungen des Vereins, die mir bekannt sind, hiermit an.

Völlige Nichtbeachtung der deutschen Sprache ist noch immer das sicherste Kennzeichen deutschwärtiger Gesinnung gewesen. Ein Sozialdemokrat wird über den Ausschluß aus dieser Gesellschaft keine Träne vergießen, da er „nicht die Ideen derer hulldigt“.

Reparationsfolgen. Wie dem „New York Herald“ aus Washington gemeldet wird, ergibt die amerikanische Statistik über die 11 ersten Monate des Jahres 1921, daß die Geschäfte mit Europa um 50 Prozent hinter denen des Jahres 1920 zurückgeblieben sind.

Unmittelbare Arbeit macht die Welt reicher. Mittelbare Arbeit bereichert nicht, sondern verändert die Welt. Der unmittelbare Arbeiter hat daher in höherem Maße ein gegenständliches Interesse als der mittelbare Arbeiter. Er hat ein Interesse an der Vollendung, der Qualität des Gegenstandes selbst, der mittelbare Arbeiter hat ein Interesse an dem Umlauf, an der Zirkulation des Gegenstandes, aber nicht an ihn selbst.

Der Dichter steht gemäß der Form seiner Arbeit dem Schöpfer oder Stellmacher näher als dem Kaufmann. Hans Sachs war ein Schuhmacher und Poet dazu. Auch diese Tatsache spricht eine berechtigte Sprache. Der schöpferische Mensch, der nicht geistig schaffender ist, aber seiner Seele nach zur Hervorbringung neigt, wird immer mehr im Handwerk als in mittelbarer Arbeit seine Befriedigung finden.

Die Unterscheidung zwischen Kopf- und Handarbeiter ist ganz und gar unfruchtbar. Man müsse denn bei den Kopfarbeitern diejenigen unterscheiden, die mechanisch mit dem Kopf arbeiten, und diejenigen, die geistig mit dem Kopf arbeiten, das heißt mit dem Kopf erfinden oder Neues schaffen. Aber auch die Unterscheidung der drei Kategorien: Handarbeiter, Kopfarbeiter, Geistesarbeiter trifft nicht den Kern. Entscheidend ist nicht das Mittel, sondern die Form, in der sich das Arbeitsprodukt dem Arbeitsprozeß entzieht.

Die Sucht nach dem Gelde läßt zwar viele Menschen arbeiten, aber nur wenige Menschen Arbeiter sein, das heißt ein sachliches Interesse an dem Arbeitsprodukt haben. Das Arbeitsprodukt interessiert sie nur insofern, als sie durch dies Produkt zu Geldverdienen gelangen. Das Geldinteresse kann demnach besonders für das Gelingen der unmittelbaren Arbeit durchaus verhängnisvoll sein. Wenn das Interesse, das hier nur dem Gegenstande selbst und seiner Vollendung gelten soll, durch das Interesse am Verdienen verdunkelt wird, so gerät, zumal in einer Zeit, in der Mangel an Rohstoffen, Lebensmitteln und Vorräten herrscht, Kunst und Handwerk, Wissenschaft und Kultur immer mehr in Gefahr.

Neues Theater am Zoo: „Annette“. Theodor Tagger dichtet mit einiger Würde Verit, deren Sangesarbeit einem geschmeidigen, leicht verprüdelnden Talente entsprang. Als Dramatiker steht er auch zwischen den Stilen. Er ist ein gelehriger, auch etwas grüner Liebhaber bedenklicher Probleme und Strömungen Theaterform. So läßt sich schwer entscheiden, ob er schon entartete oder noch nicht geartet ist. Immerhin erfind er einige Witzworte, um den sehr hurtigen und heißen Aufstieg des Fräuleins Annette zu verzeichnen, das sich in drei schwächlichen Akten vom Stubenmädchen zur sechzigjährigen Millionärin und Erbschleicherin entwickelt.

Der Dichter steht in diesem blonden Mädchen ein Stück Schicksal, das die wilde Zeit von 1921 schaffen konnte. Er hält es für natürlich, daß der Vater, der Sohn und noch ein dritter, stark angegrauter

Herr für diese Dame ihren guten Ruf und ihre Finanzen gefährden, bis die an Asthma schließlich eingehende Erregung ihre Lilit, ihre Schedbücher und den dazu gehörenden lebenden Leichnam der Angebeteten zu Füßen legt. Auch wird es als Abbild glühender Wirklichkeit ausgegeben, daß ein Altersweltspresario den Aufschwung der Dame durch Mausehelei und ähnliche Behendigkeit fördert. Als Annette ganz oben ist, vergeudet sie ihre höchste Fertigkeit an den Musikus und Mondschneemann. Die vier Gesoppen knien vor ihr. Sie breitet das seidene Kissen auf den Boden, um das kostbare Kleid nicht zu verderben. Dann kniet sie selber vor ihrem Genie, das wahrscheinlich mit vielseitiger Dicitie begabt ist.

Das Fädeln dieser Ereignisse ist dünn, auch schon oft genug abgewidelt. Es bleibt eine gewisse Raschheit in der Charakteristik dieser stark verpöbelten Lulu. Aber die Menschen, die an ihr leben, sind nichts als ausgeklügelte Literatur.

Neben einigen woblend auffallenden Rassen stehen drei Nummern auf der Bühne: Frau Büß spielt die Annette rundlich, reif, frech, die Bosse vermeidend, das gefährliche Embryonale ihres Partes ausgegallend. Herr Grünbaum, vom Tingetangal her berühmt, scheidt seinem mit östlichem Schieberhumor ausgefallenen Impresario jede durch Breittourne geheilte Schmierigkeit. Herr Hanns Fischer gibt dem asthmatischen Millionär gemilderte Töne. Er gibt einige Schmachtsünden aus, die den Schöpfer seiner Rolle arg belasten.

Jadlowers Galspiel. In die Staatsoper, in der er so oft sein Stimmpublikum zu entzünden wußte, ist Jadlowker zurückgekehrt, aber nur als Gast. Denn so selten und teure Vögel kann sie sich nicht mehr halten, die Tenöre sind heute Wenderbügel, die rings durch die Lande streifen, am liebsten aber den Flug über den großen Teich wagen. Und wenn sie widerkommen, dann sind sie Salatsänger geworden. Die Gezeiten von ehemals können meist nicht mehr zu ihnen. Ein wahrhaft internationales Publikum lauerte Jadlowker am Dienstag, als er den Don José in Bizets „Carmen“ sang. Die „Coloured men“ aller Schattierungen schweigend (hoffentlich) in der Stille seiner berühmten Mittelrolle. Die alten Verehrer freilich fanden Stimme und Spiel nicht ganz auf der früheren Höhe. Aber wartet nur: bald wird er sich wieder eingefangen haben. Heberregend gestaltete Barbara Kemp die Carmen aus: eine Carmen raffischer Trägung, die in der Mut des Temperaments und der Ausdauerkraft der Stimme alles Geacht hinter sich läßt und des Charakteristisches bis zum Uebermaß steigert. Jadlowker stand im Schatten dieser Carmen.

Die Franzosen in Kanada. Eine interessante ethnographische Studie von E. Hamilton untersucht den Ursprung der französischen Bevölkerung in Kanada. Auf Grund von Beobachtung von Familiennamen, Bauweise und Sitten kommt er zum Schluß, daß sie aus den nördlichen französischen Küstenprovinzen stammt. Es handelt sich um eine Bevölkerung von zwei Millionen Köpfen, der Nachkommen von 35 000 eingewanderten Bauern, die trotz der englisch sprechenden Umgebung Sprache und Sitte behauptet hat im Gegensatz zu anderen Einwanderern.

Ochsen im Porzellanladen.

Der raffinierte Teufel kennt nur seine „langschädliche Edelrasse“. Alles andere ist minderwertig, besonders Juden, Sozialdemokraten und so weiter. Die „Deutsche Zeitung“, in der dieser deutsche Rassentum besonders eifrig gepflegt wird, bietet heute einen besonders bösartigen Ausfall teutonischer Ueberbarmtheit. Sie spricht von der Begnadigung der deutschen Gefangenen in Wagnon und redet dabei von dem „teuflischen Sadismus“, der die widerlichsten aller Rassen, die Franzosen, charakterisiert“, und erklärt „diese in Blutrausch und nationaler Eitelkeit schwelgende sogenannte französische Nation“ für ein „niederträchtiges Volk“!

Wir hängen diese Flegelreden eines „deutschen“ Journalisten hier lediglich niedriger. Erklärend, wenn auch nicht entschuldigend, mag die Tatsache erwähnt werden, daß die Schimpfepistel von dem — Münchener Mitarbeiter des genannten Blattes stammt. Er ist wahrscheinlich beim Schreiben dieser Sätze auch in einem Rausch gewesen, wenn auch nicht in einem „Blutrausch“. Eine Frage sei noch angefügt: Mit welchem Recht beschweren sich diese teutonischen Schimpfepisteln darüber, wenn sie in Frankreich als „Sachés“ bezeichnet und ihnen alle Posten angedichtet werden, die irgend eine schmutzige Phantasie erfinden kann? Ihre neueste Leistung ist wieder einmal Wasser auf die clemencienfischen Mühlen. Sie loben im Porzellanladen wie — Elefanten, pflegt man ja wohl zu sagen. Aber es hiesse die Intelligenz eines Elefanten fränteln, wolle man sie mit der neuesten Leistung der „Deutschen Zeitung“ in Verbindung bringen.

In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß die „Welt am Montag“ die Entlassung weiterer Wagnon-Gefangener auf die Bemühungen des Bundes „Neues Vaterland“ zurückführt, der sich im Sommer an die französische „Liga für Menschenrechte“ gewandt habe, die ihrerseits wiederum die Freilassung erwirkt habe. Wir zweifeln nicht daran, daß die beiden genannten Organisationen eine lobenswerte Tätigkeit in diesem Werke der Menschlichkeit entfalten haben. Nur glauben wir hinzufügen zu können, daß die Freilassungen zumindest nicht allein ihr Verdienst sind. Auch andere Kräfte haben zu diesem erfreulichen Resultat beigetragen. So wandten sich auch einzelne unserer Genossen in diesem Sommer an den Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Genossen Albert Thomas, mit der Bitte, seinen Einfluß auf den Präsidenten der Republik, der für Gnadenakte zuständig ist, im Sinne der Menschlichkeit auszuüben. Kurz darauf teilte ihnen Thomas mit, er habe gelegentlich einer Besprechung mit Millerand die Frage zur Sprache gebracht und ausdrückliche Zusicherungen erhalten. Unmittelbar danach traf auch die Nachricht ein, daß eine ganze Anzahl von Wagnon-Gefangenen begnadigt und heimbeordert wurden.

Die erhöhte Umsatzsteuer.

Amlich meldet die Dena: Wie bekannt, berät der Reichstag über eine Novelle zum Umsatzsteuergesetz. Die Verhandlungen können voraussichtlich erst im Laufe des Januar zum Abschluß gebracht werden.

Der 11. Ausschuss des Reichstages hat in der ersten Lesung dem Vorschlag der Regierung, die erhöhte Umsatzsteuer mit Wirkung vom 1. Januar 1922 in Kraft treten zu lassen, zugestimmt. Hinsichtlich des Steuerjahres steht noch nicht fest, ob der Satz auf 2 Proz., wie der Ausschuss des Reichstages in erster Lesung beschlossen hat, oder auf 2½ Proz., wie die Reichsregierung vorgeschlagen hat, erhöht wird. Sollte das Gesetz am 1. Januar 1922 in Kraft treten, so wird von diesem Zeitpunkt ab auch die Ausfuhr der Umsatzsteuer unterworfen sein, gleichgültig, ob die Gegenstände unmittelbar in das Ausland oder an einen Ausfuhrhändler geliefert werden. Nur diejenigen Lieferungen, die der Ausfuhrhändler feinerzeit ohne vorherige Be- oder Verarbeitlung ins Ausland vornimmt, sind unter bestimmten Formvorschriften von der Umsatzsteuer befreit. Diese Befreiung von der Umsatzsteuerpflicht der Ausfuhr wird bis zu einem noch zu bestimmenden Termin nur gewährt, wenn der Lieferer nachweist, daß der Vertrag über die Lieferungen in das Ausland vor dem 1. Januar 1922 mit fester Preisvereinbarung abgeschlossen ist. Weiterhin werden dann vom 1. Januar 1922 ab die ersten Umsätze aus der Ausfuhr grundsätzlich steuerpflichtig. Ausgenommen hiervon werden wahrscheinlich sein: Lebensmittel und Futtermittel, sowie eine Anzahl für die deutsche Industrie notwendiger Rohstoffe und Halbfabrikate erster Ordnung, z. B. Kupfer, Zinn, mineralische und pflanzliche Öle und Fette, Textilien, Spinnstoffe und Garne u. a. m.

Die Horthy-Amnestie.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ vom 27. d. M. bezeichnet die auch in unserer heutigen Morgenausgabe mitgeteilte Amnestie in Horthy-Ungarn als einen Schwindel, und zwar sei dies nicht der erste, den sich die Horthy-Regierung auf diesem Gebiete geleistet habe. Es wird darauf hingewiesen, daß nach dem Text der Verordnung, aus der Amnestie alle ausgeschlossen bleiben, die für die gesellschaftliche Ordnung des Staates und der Gesellschaft oder für die öffentliche Sicherheit gefährlich sind. Diese kauschulartige Bestimmung ist in der Tat geeignet, die Amnestie völlig zu entwerfen, zumal der Justizminister Tomcsanyi, der nach der „Arbeiter-Zeitung“ der verächtlichste aller reaktionären Horthy-Minister sein soll, selbst darüber zu entscheiden hätte, wer als „gefährlich“ zu gelten hat.

Demgegenüber stehen allerdings die geradezu jubelnden Kommentare der sozialdemokratischen Budapest-„Nepzava“, die wir heute morgen abdruckten. Schließlich möchte man doch annehmen, daß die ungarischen Genossen an Ort und Stelle die Lage besser zu beurteilen vermögen, als die von ungarischen Emigranten beeinflusste „Arbeiter-Zeitung“, zumal politische Flüchtlinge erfahrungsgemäß zum Optimismus und zur Unvorsichtlichkeit neigen. Als letzte, allerdings unwahrscheinliche Erklärung bliebe noch die Möglichkeit übrig, daß die „Nepzava“-Kommentare eine Fälschung der Horthyschen Telegraphenagentur wären...

Die Anerkennung Sowjetrußlands.

London, 28. Dezember. (WZ.) Einer Kauer-Redung aus Washington zufolge ist im Weißen Hause mitgeteilt worden, daß die vor kurzem vorgenommenen bzw. die bevorstehenden Verhandlungen in der Politik der Sowjetregierung vielleicht die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten herbeiführen könnten. Die vor kurzem von der amerikanischen Regierung ausgegebenen Berichte seien optimistisch bezüglich der Politik, die von der Sowjetregierung eventuell befolgt werden würde.

Paris, 28. Dezember. (WZ.) Die Nachricht, Tschitscherin und Litwinoff seien von Lloyd George und Briand zum 8. Februar zu einer Wirtschaftskonferenz nach London eingeladen worden, wird im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten als falsch erklärt. Niemals sei eine derartige Entscheidung getroffen worden.

Handhabung des Steuerabzuges ab 1. Januar

Die praktische Anwendung der neuen Bestimmungen.

Der 1. Januar bringt das Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn vom 11. Juli 1921 und mit ihm die Durchführungsbestimmungen vom 3. Dezember 1921. Die bisher erlassenen Bestimmungen und Einzelverfügungen, die mit diesen nicht übereinstimmen, verlieren damit ihre Gültigkeit. Es ist daher für jeden Lohn- und Gehaltsempfänger (Angehörigen, Beamten, Arbeiter) wie für jeden Arbeitgeber von Interesse, sich über die endgültige Regelung des Steuerabzuges zusammenschließend zu unterrichten.

Wer ist dem Steuerabzug unterworfen?

Dem Steuerabzug sind sämtliche im privaten oder öffentlichen Dienst beschäftigte oder angestellte Personen in bezug auf alle Einkünfte, die sie aus dieser Beschäftigung oder Anstellung beziehen, unterworfen. Es ist gleichgültig, ob die Einkünfte aus Geld oder aus Natural oder Sachbezügen, wie freier Wohnung, freier Verpflegung, freier Kleidung, Depots usw., deren Geldwert von den Landesfinanzämtern oder Finanzämtern festgesetzt ist, bestehen, und es spielt keine Rolle, ob sich der „Arbeitslohn“ aus Gehältern, Pensionen, Parteigeldern, Gratifikationen oder ähnlichen Bezügen zusammensetzt. Auch die Vergütung für Ueberstunden, Ueberstunden, Sonntagsarbeit, Nebenbeschäftigung usw. unterliegt dem Steuerabzug.

Dagegen werden vom Steuerabzug nicht betroffen die den Beamten gewährten Dienstaufwandsentschädigungen, ebenso nicht die Aufwandsentschädigungen an Arbeiter und private Gehaltsempfänger, soweit ihr Betrag den erforderlichen Aufwand nicht übersteigt. Ferner nicht die Verdümmelungs- und anderen Zulagen und Versorgungsgeheimnisse ehemaliger Soldaten und ihrer Hinterbliebenen; und endlich nicht die Bezüge aus einer Krankenversicherung sowie öffentliche Unterhaltungen, die wegen Hilfsbedürftigkeit gewährt werden.

Höhe des Abzuges und Ermäßigung.

Bei allen Arbeitslöhnen wird ohne Rücksicht auf deren Höhe ein einheitlicher Betrag von 10 v. H. einbehalten. Dieser Betrag ermäßigt sich um folgende Sätze:

Für den Arbeitnehmer selber und seine Ehefrau:	
bei Stundenlohn für je 2 Stunden	0,20 M.
„ Tagelohn	0,80 „
„ Wochenlohn	4,80 „
„ Monatsgehalt	20,— „
„ Jahresgehalt	240,— „
Für jedes minderjährige Kind:	
bei Stundenlohn	0,30 M.
„ Tagelohn	1,20 „
„ Wochenlohn	7,20 „
„ Monatsgehalt	30,— „
„ Jahresgehalt	360,— „
Als Werbungskosten für den Arbeitnehmer selber:	
bei Stundenlohn	0,45 M.
„ Tagelohn	1,80 „
„ Wochenlohn	10,80 „
„ Monatsgehalt	45,— „
„ Jahresgehalt	540,— „

Die zur Haushaltung zählende Ehefrau und minderjährige Kinder — diese allerdings nur im Alter von nicht mehr als 17 Jahren — werden bei dem Haushaltsvorstand auch dann berücksichtigt, wenn sie selber Arbeitslohn beziehen und daher ihrerseits ebenfalls Anspruch auf Ermäßigung haben. Auf die mittellosen Angehörigen wird im weiteren Verlauf dieser Darstellung noch eingegangen werden. Bei Akkordarbeit oder Entlohnung nach der

Das Konto des Lustmörders.

Ein weiteres Opfer Großmanns festgelegt.

Zu den Opfern des Lustmörders Großmann gehörte auch ein Mädchen, von dem zunächst nur Kopf und Hand im Luisenstädtischen Kanal gefunden wurden. Zu der Zeit, als man diese Körperteile fand, war der Mörder noch unbekannt. Der Kopf fiel durch das schädelte Gebiß, die Hand durch den verkrüppelten Daumen auf. Trotz dieser Merkmale gelang es nicht, die Persönlichkeit festzustellen. Erst nach der Verhaftung und Entlohnung Großmanns wurde festgestellt, daß auch dieses Mädchen ihm in die Hände gefallen war.

Durch die Entdeckungen, die der Gerichtsarzt Prof. Dr. Strouh in dem Wälder des verhafteten Mörders machte, überführt, befruchtete Großmann dennoch, dieses Mädchen zu kennen. Er gab nur zu, daß es einmal bei ihm gewesen sei und wollte wissen, daß es Polnisch und Deutsch gesprochen habe. Jetzt ist es gelungen, festzustellen, daß die Ermordete eine 30 Jahre alte, aus Karibor gebürtige Elisabeth Bartels, die Tochter eines Bahnarbeiters war. Diese war nach dem Tode ihrer Eltern schon vor längerer Zeit nach Berlin gekommen und hatte hier mehrere Liebhaber gehabt. So hatte sie eine Zeitlang mit einem Arbeiter Knoppe zusammengewohnt und ihm die Wirtschaft geführt. Von diesem kam sie zu einem Arbeiter Krause und endlich zu Großmann. Die Verschwendung wurde aus einem Bilde bestimmt wiedererkannt.

Ausfallende Züge.

Zu den Einschränkungen im Personenzugfahrplan, die von morgen, Donnerstag, den 29. d. Mts. ab in Kraft treten, steht nunmehr fest, daß eine ganze Reihe von Zügen in sämtlichen deutschen Eisenbahndirektionsbezirken bis auf weiteres in Fortfall kommen. Da zurzeit noch Ermäßigungen schwaben, welche Züge gefahren werden, empfiehlt es sich bei Reisen auf jeden Fall, am Abfahrtsbahnhof anzufragen, ob der zu benutzende Zug auch verkehrt.

Amlich wird gemeldet: Die Kollage, in der die Bahnverwaltung sich durch den Mangel an Dienstlohn befindet und die sie zwingt, zugleich nach Weihnachten eine Verminderung der dem Personenvorkehr dienenden Züge eintreten zu lassen, wird nicht ohne nachteilige Folgen für den Postverkehr bleiben. Mit dem Wegfall von Zügen, der um so mehr zu befürchten ist, als die Zahl der jetzt verkehrenden Züge gegenüber der Vorkriegszeit ohnehin noch wesentlich eingeschränkt war, vermindert sich auch die Zahl der Postbeförderungsgelegenheiten, so daß eine Verlangsamung in der Beförderung der Postsendungen nicht überaus zu vermieden sein wird.

Kinderverhütung und Kurserfolg.

Die in den Kindererholungsheimen im Gebirge und an der See vielfach vorgenommenen allgemeinen ärztlichen Untersuchungen, haben die überraschende Tatsache ergeben, daß der Gesundheitszustand der Säuglinge und des Kindes der dort meist zu mehrwöchiger Kuraufenthalts untergebrachten Kinder als denkbar ungünstig befunden wurde. Auf diese Weise wird es unmöglich sein, im Laufe der Kur, insbesondere bei unterernährten Kindern, den Ernährungs- und Kräftezustand zu heben, so daß beim Vorhandensein eines schlechten Gebisses ein Kurerfolg von vornherein als überaus zweifelhaft angesehen werden muß. Aus diesem Grunde sollten Eltern und Erzieher Veranlassung nehmen, der Beschaffenheit

fertiggestellten Arbeit kann an Stelle der oben genannten Ermäßigung eine feste Ermäßigung um 4 v. H. des Arbeitslohnes treten, so daß in diesem Falle der Steuerabzug nicht 10, sondern 6 v. H. beträgt. Sind Akkord- oder Zeitlöhne miteinander vereinigt, so werden die Ermäßigungen nur bei Zeitlohn angewandt, während vom Akkordlohn volle 10 Proz. abgezogen werden. Auch bei Nebenbezügen des Arbeitnehmers, wie Gratifikationen oder ähnlichen einmaligen Einnahmen, wird der volle Steuerabzug ohne Ermäßigung vorgenommen. Der nach Berücksichtigung der Ermäßigung einbehaltende Betrag ist auf 10 Pfennig nach unten abzurunden.

Unterhaltungsbedürftige Angehörige.

Blauht der Steuerpflichtige, Anspruch auf die in gleicher Höhe wie für minderjährige Kinder vorgesehene Ermäßigung für mittellose Angehörige zu haben, die von ihm unterhalten werden — daß sie zu seinem Haushalt gehören, ist nicht erforderlich —, so muß er möglichst vor Beginn des Jahres 1922, spätestens jedoch bis zum 31. März 1922, für das Kalenderjahr bei seinem Finanzamt einen Antrag auf Ergänzung der von der Gemeindebehörde auf dem Steuerbuch festgestellten Jahresgesamtermäßigung einbringen. Wird der Antrag nach dem 1. Januar 1922 gestellt, so erfolgt die Berücksichtigung erst von der Lohnzahlung ab, bei der das ergänzte Steuerbuch vorgelegt wird. Die gleichen Bestimmungen gelten für den Fall, daß ein Steuerpflichtiger nachweisen kann, daß seine jährlichen Werbungskosten den Betrag von 1800 M. um wenigstens 150 M. übersteigen.

Die Pflicht auf das Steuerbuch.

Jeder Arbeitnehmer ist verpflichtet, sich von der Gemeindebehörde zu Beginn eines jeden Kalenderjahres oder vor Beginn eines Dienstverhältnisses ein Steuerbuch ausstellen zu lassen. Die Gemeindebehörde hat für sämtliche zur Zeit der Personenstandsaufnahme — in diesem Jahre am 20. Oktober — in ihrem Betriebe sich aufhaltenden Arbeitnehmer die Steuerbücher auszusprechen, ohne Rücksicht darauf, ob diese in einem Arbeitsverhältnis stehen oder nicht. Auf der Vorderseite des Steuerbuches werden die erforderlichen Angaben über die Person des Arbeitnehmers sowie der Steuerermäßigungen verzeichnet. Die Zustellung der Steuerbücher kann nach Wahl der Gemeindebehörde durch deren Außendienstpersonal oder durch die Post oder auf Antrag der Arbeitgeber hin durch deren Vermittlung erfolgen. Andernfalls müssen die Steuerpflichtigen die Bücher auf Grund einer öffentlichen Bekanntmachung abholen. Die Zustellung der Steuerbücher geschieht unentgeltlich. Verloren gegangene oder unbrauchbar gewordene Bücher können gegen eine geringe Gebühr ersetzt werden. Hat ein Arbeitnehmer bis zum 31. Januar 1922 noch kein Steuerbuch erhalten, so hat der Arbeitgeber beim Steuerabzug die Ermäßigung vorläufig nach glaubhaften Angaben des Arbeitnehmers vorzunehmen.

Bemerkung der Steuerpflichtigen unrichtige Eintragungen in das Steuerbuch, vor allem bezüglich der Jahresgesamtermäßigung, so tut er gut, sofort bei der Gemeindebehörde, die das Buch ausgestellt hat, einen Antrag auf Berichtigung zu stellen. Die Berichtigung wird dann bei der nächsten Lohnzahlung, bei der das berichtigte Buch vorgelegt wird, berücksichtigt. Etwas anderes ist es, wenn sich etwa seit dem 20. Oktober der Familienbestand vergrößert oder verkleinert hat. Hier ist eine Berichtigung erst für das Jahr 1923 möglich, es sei denn, daß wenigstens zwei neue Personen, auf welche die Steuerermäßigung Anwendung findet, hinzugezogen sind, und der Antrag auf Berücksichtigung im 1. Kalenderjahr gestellt wird.

Ein Tunnel in der Oranienstraße.

Das Preussische Staatsministerium hat der Reichsschuldenverwaltung das Recht verliehen, das zur Herstellung einer unterirdischen Tunnelverbindung zwischen dem reichshofständischen Grundstück in Berlin, Oranienstr. 92/94 und dem Kontrollenbau Oranienstr. 108/100 erforderliche Grundeigentum im Wege der Enteignung zu erwerben oder, soweit dies ausreicht, mit einer dauernden Beschänkung zu belasten. — Diese Tunnelverbindung der Reichsschuldenverwaltung wäre das unterirdische Gegenstück zu den Schindbögen der Deutschen Bank in der Behrenstraße, der dort die beiden gegenüberliegenden Gebäude der Bank verbindet.

Eine Flasche Wein — 720 Mark!

Der Inhaber des Restaurants R. in der Dorotheenstraße forderte und erhielt kürzlich für eine Flasche Wein 720 M. einschließlich Steuer. Das war selbst dem Bedienten, der unvorsichtigerweise nicht vorher nach dem Preise des sauren Zeugens gefragt hatte, zu happig. Er ließ sich den Wirt rufen und sagte zu ihm: „Ich bin kein Duftatmann, aber Sie sind ein Gemütskrank. Den übrigen Wein von dieser Sorte müssen zur Strafe Sie selbst trinken.“

Wer das Geld so zum Wegwerfen hat, um seinen Gaumen zu kitzeln, dem schadet es schließlich nichts, wenn er genept wird. Vielleicht erinnert er sich aber verächtlich der vielen, die nicht die Milch für ihre Kinder bezahlen können.

Aus Vorgärten gestohlene Tannen. Vieles hat man in den letzten Tagen vor Weihnachten auch die Obstbäume aus Vorgärten, Hofgärten und Parkanlagen geräubert. Was jahrelang mit Liebe gepflegt wurde, wandert nach ein paar Tagen in den Ofen oder Müllkasten. Man sieht zu welcher Verrohung und zu welcher Verleumdung des Weihnachtsgedankens die Ritzhände auf dem Tannenbaummarkt geführt haben. Das darf im nächsten Jahre sich nicht wiederholen.

Der „Verband der Wohnungsuchenden Groß-Berlin“ hielt kürzlich in den Kammerböden seine erste Versammlung ab. Rechtsanwalt Dr. R. Schwenthal referierte als Hauptredner eingehend über die Aufgaben und Ziele des Verbandes und betonte besonders, daß der Verband eine gerechte und sachgemäße Vertretung der vorhandenen Wohnungen anstrebe. In der Geschäftsstelle des Verbandes, Berlin, Tempelhofer Ufer 12 (Verbandsleiter: Otto Dubro) wird den Mitgliedern unentgeltlich Rat und Rechtsbelehrung erteilt; auch erfolgt dort die Aufnahme neuer Mitglieder.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig kühler, zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend trübe, geringere Niederschläge und frühe westliche Winde.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 28. Dezember.

1. Wkt. Rahlsend der Gruppen findet heute abend in den Kaminen Alu für 10 bei Wilmers, Poststraße 29 bei Wille, Unterstraße 1 bei Spiegel statt.

